



LAG Freie Wohlfahrtspflege, Grupenstr. 4, 30159 Hannover, Fon: 0160 99 50 41 61

Netz: www.landesarmutskonferenz-niedersachsen.de Mail: gleitzek@gmx.de

Pressemitteilung

Landesarmutskonferenz warnt zum 1. Mai: Armut trotz Arbeit!

24.04.2022, Hannover

Die Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen weist zum 1. Mai darauf hin, dass der klassische Tag der Arbeit auch zu einem Tag von „Armut trotz Arbeit“ geworden ist. Viele Bereiche unseres Lebens haben sich durch Krisen wie Corona, Krieg, Flucht, Klimawandel, Inflation in kurzer Zeit tiefgreifend verändert. Der notwendige sozialökologische Umbau von Arbeitswelt und Gesellschaft in diesen Zeiten kann nur gelingen, wenn auch Verlierer*innen des Wandels mitgenommen werden. Sonst droht eine noch tiefere Spaltung der Gesellschaft als jetzt schon.

LAK-Sprecher Lars Niggemeyer (DGB Niedersachsen) betont:

„Ein zentrales Problem unserer Gesellschaft ist die Ausweitung der prekären Zone von Arbeit und die damit einhergehende Armutsbedrohung, wachsende Unsicherheit und Anfälligkeit für rechte Rattenfänger. Die Krisen der letzten Zeit haben darauf ein grelles Schlaglicht geworfen.

Deutschland hat einen der größten Niedriglohnsektoren in ganz Europa, ca. 20 Prozent aller Beschäftigten sind im Niedriglohnbereich beschäftigt. Trotz eines 10jährigen Dauerbooms in der Wirtschaft vor der Corona-Krise können nach wie vor Millionen Erwerbstätige nicht menschenwürdig von ihrer Arbeit leben und sind von sozialer Ausgrenzung bedroht. Die Erhöhung des Mindestlohnes auf 12 Euro ist deswegen dringend nötig!

Die Reallöhne sanken 2021 das zweite Jahr in Folge. Gerade in jenen Branchen, die am meisten von prekären Beschäftigungsverhältnissen und Niedriglöhnen betroffen sind, sank zum Höhepunkt der Corona-Krise die Wochenarbeitszeit und damit das Einkommen am stärksten: Minus 19,4 Prozent im Gastgewerbe und minus 9,0 Prozent im Bereich Kunst, Unterhaltung und Erholung. Erwerbstätige in sogenannten atypischen Beschäftigungs-

verhältnissen waren 2020 überdurchschnittlich häufig von Armut bedroht, z. B. Arbeitnehmer*innen in befristeten Arbeitsverträgen mit einem Anteil von 18,9 %, im Gegensatz zu 10,6 % bei allen Erwerbstätigen.

Besonders prekär ist die Situation im Sektor Langzeitarbeitslosigkeit. Im Jahresdurchschnitt 2021 waren 1,03 Millionen Menschen langzeitarbeitslos. Das sind 210.000 mehr als im Jahr 2020 und sogar 300.000 mehr als im Jahresdurchschnitt 2019 (also vor der Pandemie).

Auf der anderen Seite stehen die explodierenden Milliarden-Gewinne multinationaler Konzerne, die sich zunehmend ihrem Anteil an einer gerechten Finanzierung des Gemeinwohls entziehen. Die Körperschaftssteuern (auf Einkommen von Kapitalgesellschaften) sind zwischen 1985 und 2018 global um mehr als die Hälfte gefallen, von 49 auf 24 Prozent, wenn Profiteure der Krisen wie Amazon, Facebook und Apple überhaupt Steuern zahlen.

Der Reichtum der Profiteure ist die Armut ihrer Beschäftigten. Der Satz: „Sozial ist, was Arbeit schafft“ ist falsch. Richtig ist: „Sozial ist, was menschenwürdige und existenzsichernde Arbeit schafft“. Das wirkt auch der wachsenden Spaltung unserer Gesellschaft entgegen. Arbeit muss mehr Wert und Würde bekommen – für alle!

Die LAK Niedersachsen fordert daher:

- eine flächendeckende Tarifbindung durch mehr allgemeinverbindliche Tarifverträge und ein umfassendes Tariftreuegesetz
- finanzielle Hilfen für Gering- und Normalverdiener um die steigenden Preise auszugleichen
- Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umzuwandeln und eine grundsätzliche Regulierung und Zurückdrängung prekärer Beschäftigung
- Einen Öffentlichen Beschäftigungssektor für Langzeitarbeitslose zu fairen Bedingungen
- Gerechte Steuerpolitik und Beteiligung von Superreichen durch eine Vermögensabgabe an der Finanzierung des Gemeinwesens."

Info:

Die Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen wurde 1995 gegründet. Sie ist ein Zusammenschluss von Verbänden, Gewerkschaften und Initiativen.

Mit der Bitte um Berichterstattung und freundlichen Grüßen

Lars Niggemeyer (DGB Niedersachsen) - LAK-Sprecher

Kontakt: mobil 0151 41848817; E-Mail: lars.niggemeyer@dgb.de